

Der Kampf um den Wilson-Frieden.

„England und Frankreich angeblich einig.“

Präsident Wilson zur Abreise entschlossen? (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Wieder die Situation in Paris liegen immer noch völlig sich widersprechende Nachrichten vor. England und Frankreich schienen sich plötzlich zusammen und behaupten, daß der amerikanische Widerstand des Friedensforderungen der Welt mitzuteilen. Lloyd George äußert sich ebenfalls optimistisch. Dagegen wird aus der Umgebung von Wilson ununterbrochen berichtet, bei den europäischen Mächten läge die Schuld, daß es zu Einigungen nicht käme, und daß Wilson entschlossen ist, sich Klarheit darüber zu verschaffen, ob „sein Friede wirklich angenommen werden soll, oder ob Amerika sich zurückziehen und Europa dem Chaos überläßt, das daraus erfolgen würde.“ Dieser Entschluß Wilsons wird unterstrichen durch den Befehl an die „George Washington“, sich auf der Stelle nach West zu begeben. Von dort aus könnte dann der Präsident frühestens am 16. April abreisen. Es ist im Augenblick durchaus nicht festzustellen, ob es sich um die übliche diplomatische Bedrohung oder wirklich um die Entschlossenheit Wilsons handelt, daß der Frieden, der vor zwei Monaten begonnen worden ist, heute nicht mehr zu schließen ist.

Genf, 8. April. (T. U.)

Präsident Wilson befindet sich wieder besser und will an den Friedensverhandlungen wieder teilnehmen. Man nimmt jetzt in Paris an, daß die Friedenspräliminarien bis zum 25. April fertiggestellt sein werden, und die Regierungen haben die Absicht, sie gleichzeitig den Parlamenten ihrer Länder bekanntzugeben.

Der Ausgang der Verhandlungen zwischen Hoch und Erzberger über Danzig hat in Paris eine starke Ent-

täuschung hervorgerufen. Nur einige ganz offizielle Blätter, wie der „Globe libre“ und der „Petit Parisien“ wollen daraus einen Erfolg des Parisalls hoch machen. Der „Temps“ sagt dagegen genau das Gegenteil, es sei unnötig, die Dinge zu vermeintlichen. Frankreich habe in der Frage von Danzig nachgeben müssen, und das sei ein großer Nachteil. Es genüge nicht zu sagen, daß das Landungsrecht der Polen in Danzig aufrecht erhalten worden sei, wenn man gleichzeitig darauf verzichte. Noch unzutriebener äußern sich die reaktionären Blätter, insbesondere die „Action française“, die geradezu die Regierung der französischen Republik anklagt, daß sie Frankreich um die Früchte seines Sieges bringen wolle.

Paris, 7. April. (Mein.)

Vaderewski und Bisudski belüchten Clemenceau und Wilson. — Der Astronaut der 50 000 Mann polnischer Truppen nach Polen bestimmt am 15. April.

Kiew-Bors, 7. April. (Mein.)

Kriegsminister Bazar, der jehige Vorkämpfer in Frankreich, hat 15 Mitglieder des Ausschusses des Reichstages nach Kiew abgeleitet.

Die Veröffentlichung der Friedensbedingungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Amsterdam, 8. April.

Der Vierterat hat beschlossen, die von ihm formulierte Friedensbedingungen erst nach der Ankunft der deutschen Delegation in Versailles und dann gleichzeitig in den beteiligten Ländern veröffentlicht zu lassen. Dieser Beschluß wird begründet durch das Streben, eine deutliche Propaganda gegen die Bedingungen, unnötig zu machen. Er scheint indessen eher bestimmt zu verhindern, daß die Presse anderer Länder, besonders Frankreich, ihrer Unzufriedenheit mit den Bedingungen vorzeitig unliebsamen Ausdruck gibt.

Die Streikfrage im Ruhrgebiet.

Keine Änderung der Lage. — Beschränkung der Pressefreiheit. — Spartacistenterror.

B. Essen, 8. April.

Die Streikfrage im Ruhrgebiet zeigt heute morgen ungefähr dasselbe Bild wie gestern. Die Zahl der Streikenden hat soweit bis jetzt bekannt ist eine Verringerung nicht erfahren, sie hat sich eher erhöht, da in einzelnen Bezirken, z. B. Wetzlar, wo die Arbeit in den letzten Tagen der vergangenen Woche wieder aufgenommen worden war, die Streikenden neuerdings in den Werkstätten getreten sind.

Die Zentralstreikleitung in Essen hat an die Zeitungen Essen und Umgebung ein Schreiben gerichtet, in welchem sie aufgefordert werden, keine anderen als die von der Streikleitung direkt oder von ihr durch das B. L. A. herausgegebenen Nachrichten über den Streik im rheinisch-westfälischen Industriegebiet zu veröffentlichen. Zeitungen, die dieser Aufforderung nicht nachkommen, oder die die Nachrichten der Zentralstreikleitung in tendenziöser Weise kürzen oder bewerten, mit tendenziösen, herabsetzenden Bemerkungen und Artikel an anderer Stelle veröffentlichen, falls durch die revolutionären Arbeiter des rheinisch-westfälischen Industriegebietes die Stromzuführung unterbrochen werden.

Bei der Firma Krupp ruht auch heute der Betrieb nach. Die auch heute zu Laubenden erschienenen Arbeiterwilligen konnten wieder nicht an ihre Arbeitsstätten gelangen, da die Fabrikseingänge von bewaffneten Spartacisten bewacht wurden, die den Zutritt verwehrt. Nur ganz wenigen gelang es, an ihre Arbeitsplätze zu kommen. An einer Stelle kam es zwischen spartacistischen Streikpolen und den Arbeitwilligen zu einem Zusammenstoß, doch wurde bei demselben niemand ernstlich verletzt. Die Spartacisten hatten auch die Wismarstraße und Fronhäuser Straße besetzt. Der gesamte Bezirk ruht immer noch. Heute befinden sich die Arbeiter des rheinisch-westfälischen Industriegebietes im Aufstand. Die Streikbewegung konnte gestern abend in Essen nicht mehr aufrechterhalten werden. Einzelfall durch den Bergarbeiterstreik eingetretenen Arbeitsmangel und der dadurch mangelnden Zufuhr von Dampf und Gas konnten in den städtischen Anstalten die Instrumente nicht mehr repariert werden, so daß die Operationen unterbrochen wurden. Für die Stadteile Essen-Südwesten ist die Gasabgabe von heute abend ab ganz eingestellt worden. Auch für die übrigen Stadtteile sind ähnliche Maßnahmen zu erwarten.

In Düsseldorf veranstaltete heute die Generalfreistrukommision in allen Betrieben eine geheime Aktion, um, ob der Streik fortgesetzt oder abgebrochen werden soll. Am Laufe des heutigen Tages ist im Generalfreistrukommision eingetreten. Sämtliche Buchdrucker beschließen, wegen Verhinderungen sofort in den Streik zu treten, so daß die Zeitungen nicht erscheinen können.

Essen, 7. April. (B. L. A.)

Unter dem Einfluß des Streiks auf den Jachen ist die allgemeine Verkehrslage äußerst trübselig. Die Förderung ist in der Vorwoche um rund 200 000 Tonnen zurückgegangen.

Wachen, 8. April. (B. L. A.)

Bergarbeiter sind seitdem fast ausschließlich an der Spitze der Bergarbeitergruppen in Bochum eingesetzt; im ganzen soll Bochum eine Brigade mit 4000 Mann Infanterie, Artillerie, Kavallerie erhalten. Die Truppen sollen zum Schutze der Arbeiterwilligen auf die umliegenden Jachen verteilt werden.

Das Kabinett hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach der 1. Mai zum Nationalfeiertag erklärt werden soll.

Freiwilligen des demokratischen Vereins Wachen, Mittwoch, 8. April, nachmittags 5 Uhr, spricht im Jugendklub, Bahnhofstr. 8, Stadtkammerer B. B. über „Städtische Finanzen und Steuern“, Galle hohler Zutritt.

Der Deutsche demokratische Verein Wachen veranstaltet Donnerstag, 10. April, abends 8 Uhr, im Saale der Gesellschaft der Freunde, Wismarstraße 9, eine öffentliche Versammlung, B. Gleich, der Vertreter Danzigs in der Nationalversammlung, spricht über „Die Republik der Völker“.

Dreipfand-Süddeutsche Klassenlotterie.

Seite haben in der Vermitlungsgesellschaft folgende Gewinne:
3 Gewinne zu 60 000 Mark auf Nr. 33 559.
3 Gewinne zu 20 000 Mark auf Nr. 128 511.
3 Gewinne zu 15 000 Mark auf Nr. 224 721.
3 Gewinne zu 5000 Mark auf Nr. 97 127.
8 Gewinne zu 3000 Mark auf Nr. 19 488 30 044 143 721 172 000.
10 Gewinne zu 1000 Mark auf Nr. 104 030 138 652 157 213 194 650 205 220.
40 Gewinne zu 500 Mark auf Nr. 7277 11 814 20 087 33 195 37 770 77 054 84 904 95 528 102 053 100 979 110 533 118 707 128 002 128 053 147 371 172 224 185 360 191 627 200 770 202 203.

abschließen einzuführen. Garuf: „Wir lernen eben aus der Revolution.“ Deshalb kämpft man auch auf Ihrer Seite gegen den Zentralrat, der seine Tätigkeit der Nationalversammlung zur Verfügung stellt. Obwohl eine feindselige Stimmung gegen die Mehrheitsparteien ebenso wie gegen den Zentralrat festzustellen ist, ist dieser Kongress ja doch auf Veranlassung des Zentralrates zusammengetreten.

Zusammenstöße in Magdeburg.

Proklamierung des Generalstreiks. — Freilassung der verhafteten Offiziere.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

N. Magdeburg, 8. April.

Der Generalstreik ist in Magdeburg proklamiert. In der heute morgen stattgefundenen auf beschleunigter Sitzung wurde beschlossen, daß die Freilassung der drei verhafteten Parteifunktionäre noch nicht erfolgt sei und deshalb der Generalstreik über Magdeburg proklamiert werde. Die Führer führten aus, es handle sich um eine **Wachfrage zwischen Regierung und Proletariat**. Das magdeburgische Proletariat müsse sich zum Kampf stellen, um gegen die in allerhöchster Zeit zu erwartende Roste-Garde zu kämpfen. Das magdeburger Proletariat stehe heute geschlossen hinter der Arbeiterklasse. Die Parole müsse sein, so lange durchzuhalten, bis die Regierung die Freilassung der Parteifunktionäre bewilligt hat, daß **eventuell mit der Waffe in der Hand für diese Forderungen eingetreten wird**. Nach der Verlesung wurden geschlossene Märsche der Straßen. Die Straßenbahn, die in den Morgenstunden wieder verkehrte, ist von neuem gezwungen worden, ihren Betrieb einzustellen.

Reichsminister Landsberg befindet sich bereits wieder in Berlin. Während der gestrigen Nachstunden hielt die Reichsregierung in den Straßen an. Ein **vegetarisches Geseht** entstand nach dem Polizeipräsidium und dem Justizpalast. Die Aufständischen schickten mit Gewehren, mit denen sie am Abend vorher versehen worden waren, und mit Handgranaten besetzt vor die Tore der beiden Gebäude, mit der Absicht, die Gefangenen zu befreien. Es kam zu langanhaltenden Schießereien zwischen den Schützenden und den Schützenden, wobei auch Maschinenwaffen in Aktion traten. Es gab mehrere Verwundete. Der als Geisel verhaftete General v. Kleist sowie die zahlreichen anderen Offiziere, die fortgeschleppt worden waren, **bestanden sich bereits wieder auf freiem Fuße**. Die auf gestern abend angelegte Stadtverordnetenversammlung wurde abgelehnt.

Minister Landsberg über seine Verhaftung.

Der Minister in Berlin eingetroffen.

Über seine Verhaftung gibt Reichsminister Landsberg eine eingehende Darstellung. Er habe sich gestern in Magdeburg eine Demonstration angesehen und wollte gegen mittag nach Berlin zurückkehren. Auf dem Wege zum Bahnhof kam er an dem Unterfunktor des Wachregiments vorbei, das zum großen Teil aus Unabhängigen und Spartacisten besteht, und wurde dort erkannt. Soldaten forderten seine Legitimation und verhafteten ihn, wie sie sagten, als Geisels für Brandes. Minister Landsberg berief sich wiederholt auf seine Immunität als Regierungsmitglied und auch darauf, daß er keine Ahnung von der Verhaftung Brandes hätte. Es bildete sich eine große Menschenmenge um ihn, die eine drohende Haltung annahm. Er wurde in die Nachbarschaft und auch hier die Unterfunktionäre keine Garantie mehr für seine Sicherheit übernehmen konnten, nach dem General am morgigen gebracht. Dort verhandelte mit ihm der Magdeburger Unabhängige Vater, der sofortige Freilassung des verhafteten Brandes verlangte. Am Nachmittag wurde Minister Landsberg in einem Auto abgeholt, das ihn nach Braunschweig bringen sollte. Die Menge, die sich vor dem Generalkommando aufammelt, beschimpfte ihn. Einige Soldaten richteten sogar die Gewehre auf ihn. In Begleitung von acht Mann fuhr das Auto dann nach Olfenstadt, wo es in einem Hofe stehen blieb. In einem Nebenraum des Hofes stand ein neues Auto, das am Morgen herbeigefahren worden war. In diesem Nebenraum hatten Parteigenossen des Reichsministers Nachrichten vorausgeschickt, so wurde das Auto bei Geländebahn durch eine Barrikade angehalten. Ein Wachmeister besetzte dann den Minister durch energisches Auftreten gegenüber den Begleitern des Ministers. Heute morgen ist der Minister, über Magdeburg kommend, in Berlin eingetroffen.

Beabsichtigte Demonstrationen zuge der Kriegsbeschädigten.

Zege der radikalen Elemente.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Der Versuch, im Zusammenhang mit dem Rätekongress neue Verwirrungen und Unruhen oder gar Kämpfe in Berlin herbeizuführen, wird von radikalen Elementen in schiefer Weise betrieben. Wie verlautet, sollen die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zu einem Demonstrationen zug mobil gemacht werden, mit dem die innere Stadt ausgefüllt werden soll. Obwohl die Reichsregierung zu den Verhandlungen nach Weimar überführt ist, also vor der Reichsregierung eine Demonstration praktisch gar nicht möglich ist, sollen die Demonstrationen in die Wilhelmstraße und dann in die Nähe der Regierungsgedäude dirigiert werden. Den Drahtziehern dieses Unternehmens ist natürlich ganz genau bekannt, daß nach am Sonntag wieder darauf bewiesen worden ist, Demonstrationen und Umzüge kein unter dem Belagerungszustande streng verboten. Man hat offenbar den Wunsch, es zu einem Konflikt zwischen den Regierungstruppen und Kriegsbeschädigten kommen zu lassen, um den Arbeitern zeigen zu können, aus wie verwerflichen Absichten die jetzige Regierung und die Reichsregierung bestehen. Der Konflikt würde dann den Willkommenen Anlaß bieten, abermals zum Streit aufzutreten und in dem Zusammenhang dann das Münchener Beispiel nachzuahmen und auch in Berlin die Räteparlament auszurufen.

Allen solchen Versuchen gegenüber wird mit allem Nachdruck Stellung genommen werden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß morgen früh für die **erforderliche Erklärung der Reichsregierung** unbedingt Sorge getragen werden wird. Demonstrationen, die den Zweck haben, in die Wilhelmstraße und

vor die Regierungsgebäude zu gelangen, haben keine Aussicht auf freie Passage. Wer wirklich von dem ehrlichen Wunsch erfüllt ist, der Verbesserung neue schwere Stunden oder gar Tage zu erparten, muß darauf bedacht sein, daß den Anordnungen der Oberkommandierenden, wonach Straßen von Demonstrationen freizuhalten sind, unbedingt nachgegeben wird.

Einigen den Meldungen eines Berliner Mitteilungsblattes, das über „Ausschüsse in Wobau“ berichtet, wird uns von dort mitgeteilt, daß heute mittag mit Ausnahme der im Streik lebenden Industriearbeiter in Wobau alles arbeitet. Es war nicht nur von einem Streik, sondern auch von einer Streikneigung nichts zu spüren.

Eine von dem B. L. A. veranstaltete Umfrage bei den großen Arbeiterorganisationen hat bezüglich aller anderen Gegenden Berlins das gleiche Ergebnis gezeigt. Heute mittag wurde in allen Betrieben Berlins gearbeitet.

Streik der Bankangestellten in Sicht.

Seute Nachmittags entscheidende Abstimmung.

Über 2000 Angestellte der Darmstädter Bank belagerten sich heute vormittag im Beisein der Arbeiter im Reichsministerium. Es wurde Stellung genommen zu der Solidaritätsklärung der übrigen Berliner Großbanken mit der Darmstädter Bank. Die hierdurch geschaffene Lage gab den Angestellten Veranlassung, auf die Verhängung des Generalstreiks in Berliner Bankverwehre hinzuwirken. Zu diesem Zweck wurden sofort Deputationen bestimmt, die noch im Laufe des heutigen Vormittags mit den Obleuten aller in Betracht kommenden Banken und deren Depositentafeln zu verhandeln haben, damit überall ununterbrochen Betriebsversammlungen einberufen werden mit dem Ziele, sich dem Streik anzuschließen. Namens des Deutschen Bankbeamtenvereins gab Gurr und für den Allgemeinen Deutschen Bankbeamtenverein Steffens die Erklärung ab, daß beide Organisationen diesmal geschlossen zusammengehen werden. Auch sind noch im Laufe der Nacht von beiden Organisationsleitungen an ihre Obleute bei den Provinzialbanken Beschlüsse ergangen, zu verhandeln, daß dort etwa der Darmstädter Bank Unterstützung gewährt werde. Es wurde der Vermutung Ausdruck gegeben, daß die Angestellten der Provinzialbanken sich mit den Streikenden in Berlin solidarisch erklären würden, so daß die Bewegung zu einem Generalstreik auch in den Provinzen führen werde. Heute nachmittag findet im Berliner Fuß die eine Massenversammlung der Angestellten aller Berliner Großbanken statt, in der der Streik proklamiert werden soll. Die Versammlung sollte ursprünglich im Aufgaren stattfinden, doch wurde sie vom Reichsminister Rosen auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand verboten. Betroffen würden von großen Banken: Kommerz- und Diskontobank, Dresdener Bank, Deutsche Bank, Mitteldeutsche Kreditbank, Nationalbank und Diskontogesellschaft. Auch die kleineren Banken würden in Mithedenhaft gezogen werden. Ausgenommen vom Streik ist die Berliner Handelsgesellschaft, die dem Bankentzern nicht angehört.

Die Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) hatte die Erklärung erteilt, sie glaube „dasjenige getan zu haben, was ihr nach pflichtmäßiger Prüfung der Lage der Angelegenheiten geboten und bei der Lage der Welt möglich erschien. Die Steigerung der Lasten der Bank im Jahre 1918 gegenüber 1917 hat mehr als 10 Millionen, d. h. 50 Prozent, betragen, so daß bereits jetzt die Lasten ein Mehrfaches des an die Aktionäre zu zahlenden Dividendenbetrages ausmachen. Die Lastensteigerung des Jahres 1919 wird die des Jahres 1918 noch erheblich übertreffen. Im Hinblick auf die Mitteilung erklärten die im Verband Berliner Bankstellen vereinigten großen Bankinstitute, daß sie die Bank für Handel und Industrie gestellten Forderungen in allen Einzelheiten der Genehmigung verfolgt und die Lieberzeugung gewonnen haben, daß die Direktion mit ihren Zugeständnissen allen berechtigten Forderungen ihrer Angestellten entsprochen hat und daher die weitergehenden Forderungen abzulehnen gezwungen war.

Die Streikleitung der G. v. v. G. Tempelhof, teilt mit, daß eine Versammlung aller streikenden Angestellten morgen, vormittag 10 Uhr, im Lokal Wauer, Tempelhof, Berliner Straße 78, stattfinden wird. Eine Betriebsversammlung der streikenden Angestellten der A. G. G. Zentralverwaltung, Friedrich-Karl-Str. findet morgen, vormittag 11 Uhr, in den Sophienhöfen, Sophienstraße 17/18, statt.

Bei den Firmen Worsig und Ludwig Döwe stehen nur die Angestellten im Streik, während die Arbeiter vollständig zur Arbeit erschienen sind.

